



Europa braucht eine Verteidigungsunion

Dr. Josef Braml

März 2022

Zusammenfassung

Die durch Putin radikal veränderte Weltordnung zwingt Berlin und Paris, im militärischen Bereich gemeinsam voranzugehen, analysiert Josef Braml.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

Über den Autor dieses Beitrags

Dr. Josef Braml, promovierter Politikwissenschaftler, ist [USA-Experte](#) und Generalsekretär der Deutschen Gruppe der Denkfabrik Trilaterale Kommission. Sein neues Buch [„Die transatlantische Illusion. Die neue Weltordnung und wie wir uns darin behaupten können“](#), erscheint am 17. März beim Beck-Verlag.





Analyse

[Wladimir Putin](#) habe gedacht, er könne den Westen spalten und die [Nato](#) würde nicht auf seinen Angriffskrieg gegen die [Ukraine](#) reagieren, [sagte US-Präsident Joe Biden in seiner Rede zur Lage der Nation](#). „Putin hat sich geirrt. Wir sind bereit.“ Seinen Treueschwüren stehen allerdings einige prosaische Fakten entgegen.

Am Vorabend der russischen Invasion waren zwei von drei Amerikanerinnen und Amerikanern nicht in der Lage, die [Ukraine](#) auf einer Weltkarte zu finden. Im Vorfeld der russischen Aggression hatte die Mehrheit der US-Bevölkerung gefordert, die [USA](#) sollten sich aus den Verhandlungen über die Ukraine heraushalten. Und selbst [nach Putins Überfall auf sein Nachbarland](#) scharten sich [Biden](#)s Landsleute kaum um ihren Präsidenten – der sonst übliche patriotische Sammlungseffekt des „rally around the flag“ blieb weitgehend aus.

Konsens herrscht nur in einem Punkt: Kein amerikanischer Soldat wird sein Leben für die Ukraine riskieren. Kiew wird kein zweites Kabul werden. Wer diese Fakten kennt, sollte sich darauf einstellen, dass die unlängst auch auf der Münchner Sicherheitskonferenz beschworene transatlantische Einigkeit nicht unbedingt von Dauer sein muss.

Russlands völkerrechtswidriger Angriff auf die Ukraine erschütterte die regelbasierte Weltordnung und damit auch die Grundfesten deutscher und europäischer Außenpolitik. Amerikas strategische Hinwendung nach Asien, [Biden](#)s Führungsschwäche und die drohende Rückkehr des [Putin](#)-Bewunderers Donald Trump ins Weiße Haus sollte auf dem alten Kontinent endlich die Einsicht reifen lassen: Trotz Washingtons momentanen Engagements in der Ukrainekrise können wir Europäer uns nicht wie bisher auf die [USA](#) verlassen.

Europa sollte sich selbst verteidigen können

Schon vor dem überstürzten Rückzug aus Afghanistan wirkte die Weltmacht angeschlagen. Überdies konzentrieren sich die USA längst auf den Jahrhundertkonflikt mit dem auch militärisch zum Rivalen aufgestiegenen China – und auf ihre nationalen Interessen. Deshalb sollte [Europa](#) endlich darauf hinarbeiten, sich selbst verteidigen zu können.

Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung nun verstärkt in unsere Sicherheit investiert. Wie von Washington seit Längerem angemahnt, will sie künftig mindestens zwei Prozent der Wirtschaftsleistung fürs Militär ausgeben. Hinzu kommt das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, das aber nicht vorrangig dem wackligen Schutzversprechen der USA Tribut zollen sollte. Das Geld muss vielmehr in eigene militärische Fähigkeiten investiert werden, auch um technisches und industrielles Know-how in Europa zu halten.

Die Bundesregierung sollte sich zur deutsch-französischen Rolle eines Motors für Kerneuropa bekennen, wobei alle Initiativen für andere europäische Staaten offen sein müssten. Es braucht einen Antreiber, denn der sicherheitspolitische Weg hin zu einer Verteidigungsunion – er wurde letztmals in den frühen 1950er-Jahren beschritten, scheiterte dann aber am Veto der französischen Nationalversammlung – wird nicht im Gleichschritt erfolgen, zumal es Selbst- und Fremdblockaden zu überwinden gilt.

Die Rüstungsindustrien müssen kooperieren

Immerhin haben sich Berlin und Paris im Aachener Vertrag ja bereits 2019 auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verständigt. Um die militärische Zusammenarbeit zu stärken und den Weg hin zu einer Euro-



päischen Verteidigungsunion zu ebnen, so heißt es in dem Vertrag, sei nicht zuletzt eine enge Zusammenarbeit der Rüstungsindustrien erforderlich. Den Festtagsreden müssen im Lichte der von Putin verursachten Zeitenwende nun endlich Taten folgen: Berlin und Paris müssen ein Konzept für eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik erarbeiten.

Was die Kooperation der Rüstungsindustrien betrifft, könnte Europa zum Beispiel [das geplante Future Combat Air System \(FCAS\)](#), das die veralteten Kampfflugzeuge Eurofighter und Rafale ersetzen soll, durchaus in Eigenregie schultern – auch wenn die Kosten im dreistelligen Milliardenbereich liegen. Damit FCAS nicht im politischen Wolkenkuckucksheim endet, müssen zunächst die Wirtschaftsinteressen der bislang konkurrierenden deutschen und französischen Unternehmen austariert werden. Ohne eine verstärkte Achse Berlin-Paris und gesamt-europäische finanzielle Kooperationsanreize für die Rüstungsindustrien weiterer Länder ist nicht auszuschließen, dass FCAS scheitert.

Washington hingegen dürfte kaum an einem Gelingen europäischer Rüstungsinitiativen und Verteidigungsstrukturen gelegen sein. Schließlich würden die Europäer, sollte das FCAS-Projekt erfolgreich sein, nicht nur ihre militärische, sondern auch ihre technologische Abhängigkeit von den USA verringern und ihre eigene Souveränität stärken. Washington will zwar, dass die Europäer mehr Geld für Militär ausgeben – aber vor allem für amerikanische Rüstungsgüter. Der politisch-militärische Komplex in den USA sieht es nicht gern, wenn Verbündete technologisch unabhängig werden.

Die Frage der nuklearen Teilhabe muss geklärt werden

Das wird bei der Ersetzung deutscher Tornado-Kampffjets besonders deutlich, die Washington bewusst mit der [Machtfrage der „nuklearen Teilhabe“](#) verknüpft. Im Ernstfall könnte Berlin wohl nicht den Eurofighter für den Transport der in Büchel stationierten taktischen US-Nuklearwaffen einsetzen, sondern müsste dafür ein amerikanisches Waffensystem kaufen, um unter dem US-Nuklearschirm zu bleiben. Solange die Bundesregierung die nukleare Teilhabe fortführt, delegiert sie letztlich die Entscheidung über Deutschlands nationale Sicherheit an den jeweiligen Amtsinhaber im Weißen Haus.

Gleichzeitig gibt sie ihm einen wirkungsmächtigen Hebel in die Hand, der immer mehr dazu dient, aus dem politischen Schutzversprechen auch wirtschaftlich Kapital zu schlagen. Das Streitthema nukleare Teilhabe sollte mit den USA und im Nordatlantikbündnis möglichst schnell geklärt werden: Mit der von Biden beabsichtigten Begrenzung der nuklearen Abschreckung auf ausschließlich atomare Bedrohungen – der sogenannten „Sole Purpose“-Strategie der USA – müssten die europäischen [Nato](#)-Länder ohnehin ihre eigene Abschreckungsstrategie gegenüber nicht nuklearen Bedrohungen grundlegend überdenken.

Eine gemeinsame deutsch-französische Außen- und Sicherheitspolitik sollte sich allerdings auch auf die nukleare Abschreckung erstrecken. Schließlich ist Paris – wie schon zu Zeiten von Staatspräsident Charles de Gaulle – ja durchaus bereit, seinen atomaren Schutz in eine europäische Gesamtstrategie einzubringen, also als europäischer Pfeiler innerhalb der [Nato](#). Deutschlands Teilhabe an der „Force de Frappe“ würde vermutlich mehr Sicherheit bringen als die von den USA dominierte „nukleare Teilhabe“.

Wenn Deutschland als stärkste Volkswirtschaft Europas sein sicherheitspolitisches Schicksal an das militärisch mächtigere [Frankreich](#) knüpfte, würden auf dem europäischen Kontinent, anders als in der Vergangenheit, Sorgen vor einem Großmachtstreben Berlins endgültig zerstreut. Für die notwendige europäische Sicherheitsunion wäre das eine wertvolle psychologische Vorleistung.



Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und erschien erstmalig als Gastkommentar im *Handelsblatt* am 3. März 2022.

<https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-europa-braucht-eine-verteidigungsunion/28121034.html?ticket=ST-9712935-qTfIRB0ZgEf4RjqUBMsU-ap5>

Mehr: [Deutschland braucht eine neue Außenpolitik](#)